



Protokollauszug

zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 13.03.2019, 18:30 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

**Vorstellung der Beauftragten für Chancengleichheit
- mündlicher Bericht**

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Vor Beginn der Sitzung habe eine Besichtigung der Schubartschule stattgefunden. Aufgrund eines weiteren Termins, konnte er leider nicht teilnehmen. Vor Beginn des nichtöffentlichen Teils werde Herr Stierle (FB Bildung und Familie) zum Thema Bibliotheken informieren. Das Gremium zeigt sich hiermit einverstanden. Nachdem zur Tagesordnung keine Änderungsanträge eingegangen sind, ruft EBM Seigfried TOP 1 auf.

Frau **Raupp** (Gleichstellungsbeauftragte) stellt sich dem Gremium vor. Insbesondere geht sie auf die Themen Motivation, Aufgaben und Grundlagen, sowie erste Schritte ein. Sie spricht ihren Dank an ihre Vorgängerinnen aus. Eine Gleichstellung finde bei der Verwaltung an verschiedenen Stellen statt. Als strategisches Instrument dienen die Masterpläne. Das Thema soll etabliert und sichtbar gemacht werden. Frau Raupp zitiert das Grundgesetz. Unter anderem sieht sie sich als Beobachterin, Ideengeberin und Mahnerin. Das Thema Gewalt gegen Frauen und Mädchen steht ganz oben auf der Agenda. Sie werde unter anderem mit den Netzwerkpartnerinnen erste Veranstaltungen planen, die Mitarbeiterbefragung in Zusammenarbeit mit dem Personalrat auswerten, wie auch die Ergebnisse der Zukunftskonferenz umsetzen.

EBM **Seigfried** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin Dr. **Traub** freut sich über die Besetzung der Stabstelle. Das Gleichstellungsrecht sei ein Schutzrecht für alle. Eine große Gewichtung habe das Thema der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die Strategien sollen auf allen Ebenen umgesetzt werden. Sie wünscht alles Gute und viel Erfolg.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** merkt an, dass die Vorgängerinnen bisher Bürgermeisterinnen gewesen seien. Sie regt an, dass das Thema Verdrängung und Angsträume aufgegriffen und Räume in der Stadt entwickelt werden sollen. Hier sieht sie die Zusammenarbeit mit Bürgermeisterin Nießen. Weiter spricht sie den Umgang mit dem städtischen Personal an. Es solle ein Ausgleich zwischen Privat- und Berufsleben geben. Gespannt sei sie auf die Ergebnisse der Mitarbeiterbefragung. Sie wünscht auch alles Gute für die Arbeit.

Stadträtin **Faulhaber** freut sich über die Besetzung und spricht den SPD Antrag hierzu an. Fokussiert sollen Akzente gesetzt werden. Das Defizit in Ludwigsburg sei mit der Stellenbesetzung behoben. Sie wünscht viel Erfolg.

Ebenso alles Gute wünscht Stadtrat **Dengel** und wird die neuen Impulse unterstützen. Über

TOP 1

Vorstellung der Beauftragten für Chancengleichheit - mündlicher Bericht

Jahrzehnte sei in Ludwigsburg von den Vorgängerinnen gute Arbeit im Hinblick auf die Frauenrechte geleistet worden.

Stadtrat **Eisele** will wissen, ob ein Chancengleichheitsplan erstellt werde. Wichtig sehe er die Erhaltung des Arbeitsplatzes bei Betreuung und Pflege und spricht hier insbesondere Home Office Arbeitsplätze an. Die Qualifikation der Stelleninhaber und nicht das Geschlecht sei wichtig, so Eisele. Er wünscht ebenso viel Erfolg.

Frau **Raupp** geht auf die offenen Fragen ein. Die Verwaltung habe bereits einen Chancengleichheitsplan. Bisher sei dieser intern begrenzt und werde aktualisiert. Die Verknüpfung mit den Masterplänen sei noch nicht geklärt. Im Bereich Telearbeitsplätze habe man in den letzten Jahren viel erreicht.

EBM **Seigfried** spricht seinen Dank an die bisherigen Stelleninhaberinnen und an das Gremium aus.

TOP 2

Aktueller Stand der Anschlussunterbringung in Ludwigsburg

Vorl.Nr. 075/19

Beratungsverlauf:

Herr **Henning** (FB Bürgerschaftliches Engagement, Soziales und Wohnen) berichtet über den aktuellen Stand der Anschlussunterbringung anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Die Geflüchteten gehen von der vorläufigen Unterbringung in die Anschlussunterbringung über. Der Landkreis könne zwischenzeitlich an die Stadt Unterkünfte abgeben. Hier geht er explizit auf die Unterkunft Erlenweg ein.

EBM **Seigfried** fügt hinzu, dass die Aufgabe gewachsen sei. Die große Anzahl der geflüchteten Menschen in die Anschlussunterbringung komme jetzt in die Kommunen. Die Aufgabe stehe in der kommunalen Verantwortung. Das Verursacherprinzip gelte weiterhin und spricht das Thema Gegenfinanzierung durch den Bund an. Wichtig sei, dass die Menschen aus dieser Unterbringungsform herauskommen. Weiter geht EBM Seigfried auf die Praxisproblematik hinsichtlich des Herkunftslandes ein. Der Status mancher Bevölkerungsgruppen sei sehr schwierig. Nur unter bestimmten Voraussetzungen könne der Wohnsitz, aufgrund der Wohnsitzauflage, geändert werden. EBM Seigfried eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Meyer** dankt für die Mitteilungsvorlage. Die Thematik müsse öffentlich behandelt werden. Er dankt den ehrenamtlichen Helfern, ohne diese hätte man die Aufgabe nicht so gut bewältigen können. Die Unterkunft Erlenweg und die Zusammenarbeit mit der AWO seien gut und sinnvoll. Nähere Information wünsche er bezüglich der Erfüllung der benötigten 370 Plätze.

Die Aufgaben gehen nicht zurück, sondern verlagern sich, so Stadtrat **Kasdorf**. Dieses Thema müsse öffentlich bekannt gemacht werden. Er hoffe auf gute Verhandlungen mit dem Landratsamt

bezüglich der Unterkünfte. Die Problematik auf dem Wohnungsmarkt sei auch für diesen Personenkreis spürbar. Weiter will er wissen, wann die Mörikestraße umgesetzt werde und ob die anfänglichen Probleme in der Ditzinger Straße behoben seien. Hier höre er wenige Anwohner- und Bewohnerbeschwerden.

Das Thema sei sehr sensibel und eine permanente Herausforderung, vor allem die Wohnungssituation, meint Stadtrat **Daferner**. Schwierig sei sicherlich der Umgang mit psychisch Erkrankten. Aufgrund der beengten Wohnsituation tauchen vermehrt Themen der Gewalt auf. Das Land müsse sich weiterhin seiner Verantwortung bewusst sein. Eine Mitteilung im 2. Halbjahr sei wünschenswert. Zudem interessiert ihn, ob es eine Statistik über den Wegzug ohne Angabe des neuen Wohnortes, gebe.

Stadtrat **Dengel** dankt für den Bericht. Er dankt der Verwaltung und den Ehrenamtlichen. Die Arbeit sei belastend. Die Motivation müsse aufrecht erhalten bleiben. Die gute Arbeit zeige sich auch in der Kriminalstatistik. Glücklicherweise gebe es in Ludwigsburg keinen spektakulären Kriminalfall. Er habe den Eindruck, dass es wenig Spannungen mit den Bürgern gebe und hoffe, dass dies so bleibe.

Ein Lob für das eingebrachte Engagement spricht Stadtrat **Eisele** aus. Die Anschlussunterbringung müsse eine gesellschaftliche Unterbringung sein. Die Integration sei wichtig und wünscht sich praktikable Lösungen.

Herr **Henning** geht auf die offenen Fragen ein. Die Unterkunft Mörikestraße solle bis Ende des Jahres fertig gestellt sein. Man motiviere bereits Arbeitskreise und Ehrenamtliche. Die Ditzinger Straße sei momentan noch teilweise im Umbau. Man versuche eine kleinere Belegung, als ursprünglich angedacht, zu erreichen. Die Unterbringung von Familien sei schwierig, da die Sanitäreinrichtungen außenliegend seien. Bei der Vielzahl der betreuenden Menschen sei die Anzahl der psychisch Erkrankten erstaunlich gering.

EBM **Seigfried** fügt hinzu, dass eine Vielzahl von Ehrenamtlichen, professionelle Dienste und Beratungseinrichtungen zusammenarbeiten. Frustrierend sei in der Praxis das teilweise unverständliche Ausländerrecht. Hier seien Ausnahmeregelungen wünschenswert.

Stadtrat **Haller** wünscht sich eine Belohnung für Eigeninitiative und Engagement beispielhaft bei der Wohnungssuche. Ob dieser Personenkreis weiterhin betreut werde, fragt er zudem. Weiter wünsche er bei der Aufgabenzuteilung an die Kommunen, dass die Verursacher an den Kosten beteiligt werden. Dies könne über den Städtetag erreicht werden.

Selbständig Wohnraum werde hauptsächlich über die Netzwerke gefunden, merkt EBM **Seigfried** an. Bei einer später drohenden Obdachlosigkeit liegt die Zuständigkeit bei der Obdachlosenbehörde. Problematisch seien die jungen Flüchtlinge. In der Jugendhilfemaßnahme werde mit einer hohen Intensität betreut. Der Kostenbeitrag orientiere sich an dem Einkommen. Als Obdachloser sei der Beitrag günstiger. Zu diesem Thema laufen Gespräche und man suche nach einer Transfermöglichkeit. Eine Integration aus der Obdachlosigkeit heraus sei schwierig. Die Unterkunft Strombergstraße solle in Jugendwohnen umgewandelt werden. Bei Verhandlungen zur Übernahme von Objekten des Landkreises werde das Gremium involviert.

geänderte Beschlussempfehlung:

1. Den Mitgliedern des Jugendgemeinderats wird für ihre ehrenamtliche Arbeit im Jugendgemeinderat eine Aufwandsentschädigung für die Teilnahme an Sitzungen **ab 01.01.2019** gewährt.
2. Die Höhe des Sitzungsgeldes beträgt 15 EUR pro Teilnahme an einer Sitzung. Vorstandsmitglieder des Jugendgemeinderates erhalten mit 20 EUR pro Teilnahme an einer Sitzung eine erhöhte Entschädigung für ihren Mehraufwand.
3. Ein zusätzliches Budget von 3.000 EUR pro Jahr wird zur Finanzierung des Sitzungsgeldes bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der geänderte Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der geänderte Beschluss geht als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadtrat Köhle
 Stadtrat Kube
 Stadtrat Weiss

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** begrüßt die anwesenden Vertreter des Jugendgemeinderates. Nachdem kein Sachvortrag vorgesehen ist, eröffnet er die Aussprache.

Stadtrat **Herrmann** spricht sich positiv über die heutige Anwesenheit der Vertreter des Jugendgemeinderates aus. Normalerweise sei ein Ehrenamt ohne Entschädigung. Nachdem der Gemeinderat eine Entschädigung erhält, sei dies auch für den Jugendgemeinderat für die Vollsitzungen angemessen. Der Betrag sei eine Anerkennung für die Tätigkeit. Das Gremium bringe sich sehr gut ein. Er werde gerne der Vorlage zustimmen.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** stimmt der Vorlage zu und regt eine rückwirkende Auszahlung an. Sie ist der Meinung, dass eine Aufwandsentschädigung für das Engagement dem Jugendgemeinderat zustehe und spricht die Entschädigung des Gemeinderates an. Zudem merkt sie an, dass eine Präsenz des Jugendgemeinderates bei Podiumsveranstaltungen an den Schulen, wichtig sei.

Ebenso seine Zustimmung gibt Stadtrat von **Stackelberg**. Der Aufwand solle honoriert werden und diene der Motivation. Die Jugendbeteiligung sei gewollt und funktioniere sehr gut.

Große Freude am Jugendgemeinderat zeigt Stadträtin **Moersch**. Sie habe viel Vertrauen in das Gremium gesetzt. Die Erwartungen seien voll erfüllt worden. Sie stimmt der Vorlage gerne zu.

Den Mitgliedern des Jugendgemeinderates dankt Stadtrat **Eisele**. Die Arbeit sei toll. Er werde ebenso zustimmen.

Während des Beratungsverlaufes formuliert EBM **Seigfried** eine geänderte Beschlussempfehlung (wie oben kursiv eingefügt) und lässt über diese abstimmen.

Beratungsverlauf:

Siehe TOP 3

Beratungsverlauf:

Frau **Ballandies** (FB Bürgerschaftliches Engagement, Soziales und Wohnen) berichtet über das Mehrgenerationenhaus anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Insbesondere geht sie auf Zahlen, Daten, Fakten, Fördermittel, Netzwerkpartner, Kooperationspartner, Stärkung des sozialen Zusammenhalts, sowie das Bundesprogramm ab dem Jahre 2021 ein. Das Konzept habe sich in Ludwigsburg sehr gut bewährt. Das Ziel sei ein weiteres Generationenhaus. Es werden weiterhin Bundes- und Landesmittel beantragt. Für eine Weiterförderung ab dem Jahre 2021 liege ein Entwurf beim Bundesministerium vor. Sie dankt der guten ehrenamtlichen Bereitschaft im Stadtteil. Die Zusammenarbeit sei sehr gut und wirkungsvoll.

EBM **Seigfried** spricht seinen Dank aus und eröffnet die Aussprache. In Ludwigsburg gebe es viele Grundstrukturen, die sich für ein weiteres Mehrgenerationenhaus eignen. Sobald sich etwas abzeichne, werde das Gremium informiert.

Stadtrat **Meyer** bedankt sich ebenso. Diese Plattform für Begegnungen sei ein gutes Beispiel. Er wünsche sich dies ebenso für einen Stadtteil, der bisher keine Plattform habe.

Von einem Erfolgsmodell spricht Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit**. Dies sei insbesondere Frau Ballandies zu verdanken. Aktuelle Information wünsche sie sich zum Treffen des Arbeitskreises Soziales.

Stadtrat **Daferner** schließt sich dem Dank an. Das Haus sei geprägt durch Frau Ballandies und dankt ihr. Er spricht die künftige bauliche Verdichtung im Stadtteil an. Dies werde eine Herausforderung auch für das Mehrgenerationenhaus. Der soziale Zusammenhalt im Stadtteil müsse gestärkt werden.

Dank an die Verantwortlichen und Ehrenamtlichen vor Ort spricht Stadtrat **Dengel** aus.

Frau **Ballandies** geht auf die offenen Fragen ein. Den Arbeitskreis Soziales gebe es seit dem letzten Jahr. Man brauche ein starkes Netzwerk und wolle auch kleine Vereine und Träger unterstützen. Im Stadtteil gebe es 21 Akteure. Doppelstrukturen sollen vermieden werden. Weiter spricht sie das Thema Grabeland an. Hier sei kommunizieren, informieren und transparent gestalten das Prinzip. Man stehe im Dialog.

Stadträtin **Moersch** spricht die wissenschaftlichen Untersuchungen zum Kontakt von alten Menschen und Kindern an. Hierfür biete sich das Mehrgenerationenhaus an.

Frau **Ballandies** erläutert das offene Konzept. Das Nachmittags Café werde sehr gut angenommen und fördere die Begegnungen von Generationen.

EBM **Seigfried** dankt Frau Ballandies und schließt diesen TOP.

Beschlussempfehlung:

Die folgenden Änderungen der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Kindertageseinrichtungen der Stadt Ludwigsburg werden beschlossen und treten rückwirkend zum 1. Januar 2019 in Kraft:

- neu § 4 Abs. 6
Die Stadt kann bei Vorliegen von besonderen Härtefällen eine anteilige oder vollständige Rückerstattung der Betreuungsgebühren veranlassen.
- neu § 6a Abs. 5
Die Stadt kann bei Vorliegen von besonderen Härtefällen eine anteilige oder vollständige Rückerstattung der Verpflegungsgebühren veranlassen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Beschluss geht als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadtrat Köhle
Stadtrat Kube
Stadtrat Weiss

Beratungsverlauf:

Herr **Albrecht** (FB Bildung und Familie) geht auf die Beschlussvorlage ein und merkt an, dass die Satzung in der bisherigen Form keine allgemeinen Härtefallregelungen bezüglich der Gebührenrückerstattung vorsehe. Die Änderung dient zur Verfahrensvereinfachung bei den Betreuungs- und Verpflegungsgebühren in Einzelfällen.

EBM **Seigfried** fügt hinzu, dass durch die Änderung angemessen auf soziale Härtefälle reagiert werden könne. Nachdem auf Aussprache verzichtet wird, lässt EBM Seigfried über die Vorlage abstimmen.

Bundeskulturstiftung:

Im Anschluss informiert Herr **Stierle** (FB Bildung und Familie) über den Projektantrag hochdrei und die Bewilligung eines Zuschusses der Bundeskulturstiftung. Hierzu zeigt er eine Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.